

NOMOSPRAXIS

Schlaeger | Linder | Bruno

Unfallversicherung für Kinder in Tagesbetreuung, Schüler und Studierende

2. Auflage



Nomos

NOMOSPRAXIS

Tobias Schlaeger | Myra Linder | Anna-Maria Bruno

Unfallversicherung für Kinder in Tagesbetreuung, Schüler und Studierende

2. Auflage



Nomos

Zitervorschlag: *Bearbeiter* in Schlaeger/Linder/Bruno UV Kinder § ... Rn. ...

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-6093-0

2. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

Die 1. Auflage ist von der Praxis (insbesondere Unfallversicherungsträger, Gerichte, Rechtsberatung) gut angenommen worden. Ferner findet es in der einschlägigen Literatur eine breite und auch kritische Berücksichtigung, was uns sehr freut.

Mittlerweile sind rund acht Jahre seit dem Erscheinen der 1. Auflage vergangen. In dieser Zeit hat sich einiges getan: Das BSG hat in mehreren Entscheidungen zu zentralen Fragen der Schülerunfallversicherung Stellung genommen, zum Teil auch zum ersten Mal (Kindertagespflege, Studierendenbegriff). Ferner war auch der Gesetzgeber nicht untätig und hat Kinder, die eine vorschulische Sprachförderung in Anspruch nehmen, in das SGB VII einbezogen..

Neben der Befassung mit diesen mitunter grundlegenden Änderungen ist das Anliegen der 2. Auflage eine stärkere Fokussierung auf die spezifischen Themen der versicherten Personen der sog. Schülerunfallversicherung und ihrer Versicherungsfälle. Daher ist noch mehr Rechtsprechung aller Instanzen eingearbeitet worden, die diesen Teil der Sozialversicherung sehr stark prägt. Wir haben bewusst auf bestimmte „abrundende“ Aspekte wie die Zuständigkeit der Träger, die Grundzüge zum Gerichtsverfahren oder die Ansätze der Unfallverhütung verzichtet.

Neu aufgenommen wurde dafür ein Kapitel, welches sich den immer stärker ins Bewusstsein drängenden Auswirkungen des europäischen Sozialrechts widmet; insoweit fehlt bislang eine geschlossene spezifische Darstellung der sich stellenden Probleme. Dieses Thema, welches hier auf der Basis der Beschlüsse der DGUV dargestellt wird, wird noch weitreichende Änderungen der an sich sehr beständigen gesetzlichen Unfallversicherung mit sich bringen.

Wir danken zunächst der Geschäftsführung der Unfallkasse Nordrhein-Westfalen, die auch das Zustandekommen der 2. Auflage tatkräftig unterstützt, gleichzeitig aber den Autoren vollkommen freie Hand hinsichtlich des Inhalts und der wissenschaftlichen Arbeit gelassen hat. Es handelt sich damit nicht um eine Veröffentlichung eines Unfallversicherungsträgers.

Ferner danken wir den Kolleginnen und Kollegen, die uns mit Rat und Tat unterstützt und einzelne Kapitel einer kritischen Würdigung unterzogen haben. Ganz besonderer Dank gilt unseren Familien für die Unterstützung, die Rücksicht und das gezeigte Verständnis für die in die Erstellung dieses Buches gesteckte Zeit und Energie.

Sofern in den Ausführungen nur die männliche bzw. nur die weibliche Form verwandt wird, so dient dies allein der sprachlichen Vereinfachung.

Rechtsprechung und Literatur konnten zum Teil bis September 2019 berücksichtigt werden.

Essen und Düsseldorf im Oktober 2019

Tobias Schlaeger, Myra Linder und Anna-Maria Bruno

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	19
§ 1 Einführendes zur gesetzlichen Unfallversicherung	23
I. Wesenselemente der Sozialversicherung	23
II. Versicherungsträger	24
III. Aufgaben der Unfallversicherung	24
IV. Entstehung der Schülerunfallversicherung	24
V. (Struktur-)Prinzipien der Unfallversicherung	26
1. Soziales Schutzprinzip	26
2. Prinzip der Haftungsersetzung durch Versicherungsschutz	27
3. Tendenz zu einer sozialen Haftpflichtversicherung	27
4. Weitere tragende Leitlinien	28
5. Bedeutung der Strukturprinzipien für die Rechtserkenntnis und -anwendung	28
VI. Schülerunfallversicherung als (un)echte Versicherung?	28
VII. Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Besonderheiten der nach § 2 Abs. 1 Nr. 8 SGB VII versicherten Personen	31
§ 2 Kinder in Tageseinrichtungen (§ 2 Abs. 1 Nr. 8 a Alt. 1 SGB VII)	33
I. Entstehungsgeschichte	33
1. Gesetzesbegründung (1971)	34
2. Unfallversicherungs-Einordnungsgesetz (1996)	34
II. Kinder- und jugendhilferechtliche Hintergründe (SGB VIII)	35
1. Begriff der Tageseinrichtung	36
a) Einrichtungsarten	36
b) Sonderformen/mobile Betreuungsmaßnahmen	37
c) Größe, Öffnungszeiten etc.	38
2. Entwicklung der Tageseinrichtungen	39
3. Förderauftrag der Kindertageseinrichtung	40
4. Erlaubnispflichtigkeit (§ 45 SGB VIII)	41
III. Versicherter Personenkreis nach dem SGB VII	41
1. Kindeseigenschaft	42
2. Tageseinrichtungen	43
3. Erlaubnisbedürftigkeit nach § 45 SGB VIII, Träger der Einrichtung ..	45
a) Erlaubnisbedürftigkeit	45
b) Fehlende Erlaubnis	46
c) Auswirkung von Widerruf bzw. Rücknahme der Erlaubnis	47
d) Träger der Einrichtung	47
4. Besuch der Einrichtung, Gastkinder	48

Inhaltsverzeichnis

IV. Versicherte Tätigkeiten	50
1. Organisatorischer Verantwortungsbereich, Obhutspflicht	52
a) Beginn und Ende des Versicherungsschutzes (Aufsichtspflicht)	53
aa) Übergang der Aufsichtspflicht und ihre Grundlagen	53
bb) Anforderungen an die tatsächliche Übergabe	54
cc) Ankunft in der Einrichtung als Grenze	54
dd) Abgrenzung: Weg zur Einrichtung, Weg in der Einrichtung (Betriebsweg)	54
ee) Erlaubtes und unerlaubtes Verlassen der Einrichtung	55
ff) Zusammenfassung	55
b) Umfang des Versicherungsschutzes	55
c) Grenzen des Versicherungsschutzes	57
2. Rechtsschein des organisatorischen Verantwortungsbereiches	58
V. Besondere Fallgestaltungen und Einzelfälle aus der Praxis	59
1. Familienzentren (Eltern-Kind-Zentren, Kind-Eltern-Zentren, Nach- barschaftszentren etc)	59
2. Gesundheitsuntersuchung	60
3. Kindergartenfeste, Feiern	60
4. Medikamentengabe	61
5. Sprachstandsfeststellung, Sprachförderung	63
6. Streik und Notgruppen	63
7. Tiere in der Einrichtung	63
§ 3 Kinder in Tagespflege (§ 2 Abs. 1 Nr. 8 a Alt. 2 SGB VII)	65
I. Entstehungsgeschichte	65
II. Kinder- und jugendhilferechtliche Hintergründe (SGB VIII)	67
1. Begriff der Kindertagespflege	67
2. Entwicklung der Kindertagespflege	68
3. Förderung von Kindern in Tagespflege nach §§ 22–24 SGB VIII	69
a) Allgemeine Zusammenhänge	69
b) Betreuungsrahmen, Mindestbetreuungszeiten	70
c) Die Förderleistungen des § 23 SGB VIII im Einzelnen	70
d) Vermittlung einer geeigneten Tagespflegeperson	71
aa) Begriff der Vermittlung	71
bb) Eignungskriterien	73
(1) Persönliche Geeignetheit	73
(2) Sachliche Geeignetheit	74
(3) Verhältnis zur Pflegeerlaubnis	75
e) Nachweis einer geeigneten Tagespflegeperson	75
aa) Anforderungen an den Nachweis, Prüfung durch das Jugend- amt?	75
bb) Abgrenzung Nachweis von der Selbstbeschaffung	76

f) Weitere Leistungen im Rahmen von § 23 SGB VIII	77
aa) Beratung, Begleitung, Qualifizierung	77
bb) Geldleistungen an die Tagespflegeperson	77
g) Vorsorge für Ausfallzeiten (Verhinderung der Tagespflegeperson)	78
4. Erlaubnispflichtigkeit (§ 43 SGB VIII)	78
a) Eignungskriterien	79
b) Anzahl der gleichzeitig betreuten Kinder, Großtagespflege	79
III. Versicherter Personenkreis nach dem SGB VII	80
1. Kindeseigenschaft	81
2. Voraussetzungen des Unfallversicherungsschutzes	81
a) Kindertagespflege als Leistung der öffentlichen Jugendhilfe?	81
b) Bloße Geeignetheit der Tagespflegeperson?	82
c) Entscheidung des BSG vom 19.6.2018	82
d) Folgerungen für den Versicherungsschutz von Kindertagespflegekindern	83
e) Versicherungsschutz für welche Jugendhilfeleistungen (§ 23 SGB VIII)?	84
f) Unfallversicherungsschutz bei Vermittlung	84
g) Unfallversicherungsschutz bei Nachweis bzw. Selbstbeschaffung	85
aa) Unfallversicherungsschutz beim Nachweis	85
bb) Unfallversicherungsschutz bei Selbstbeschaffung	87
h) Unfallversicherungsschutz bei sonstigen Förderleistungen?	87
i) Ergebnis	88
j) Erlaubnisfreie und -pflichtige Kindertagespflege	88
IV. Versicherte Tätigkeiten	89
V. Besondere Fallgestaltungen und Fälle aus der Praxis	91
§ 4 Kinder in Sprachförderung	
(§ 2 Abs. 1 Nr. 8 a Alt. 3, § 3 Abs. 1 Nr. 5 SGB VII)	93
I. Entstehungsgeschichte	93
II. Schulrechtliche Hintergründe	94
III. § 2 Abs. 1 Nr. 8 a Alt. 3 SGB VII (Kinder in vorschulischen Sprachförderkursen)	95
1. Kinder	95
2. Teilnahme an vorschulischen Sprachförderkursen aufgrund landesrechtlicher Regelungen	95
3. Während der Teilnahme	97
IV. § 3 Abs. 1 Nr. 5 SGB VII (Satzungsversicherung für Kinder und Jugendliche in Sprachförderkursen)	97

§ 5 Schüler während des Besuchs von allgemein- oder berufsbildenden Schulen (§ 2 Abs. 1 Nr. 8 b SGB VII)	99
I. Entstehungsgeschichte	100
1. Gesetzesbegründung (1971)	100
2. Unfallversicherungs-Einordnungsgesetz (1996)	101
II. Schulrechtliche Hintergründe	101
1. Aufgaben der Schule, Zusammenarbeit mit den Eltern	102
2. Schuldefinition	102
3. Schultypen	103
a) Staatliche Schulen	103
b) Privatschulen	104
4. Schulformen und Schulsystem	105
a) Allgemeinbildende Schulen	106
b) Berufsbildende Schulen	106
c) Besondere Ausgestaltungen	107
5. Schulpflicht	107
III. Versicherter Personenkreis (SGB VII)	109
1. Schüler	110
a) Austauschschüler, Gastschüler	110
b) Schultauglichkeitsuntersuchung	111
c) Besucher	111
d) Abgrenzung Schüler/Lernende	111
2. Begriff der allgemein- oder berufsbildenden Schule	112
a) Allgemeinbildende Schulen	113
b) Berufsbildende Schule	114
c) Landesrechtliche Prägung des Schulbegriffs	114
d) Abgrenzung der Schulformen	115
e) Unfallversicherungsrechtliche Einordnung der Ersatz- und Ergänzungsschulen	115
f) Fazit	116
IV. Versicherte Tätigkeiten während des Schulbesuchs (§ 2 Abs. 1 Nr. 8 b Alt. 1 SGB VII)	116
1. Der versicherte Schulbesuch (Nr. 8 b Alt. 1)	117
a) Organisatorischer Verantwortungsbereich	117
b) Sachlicher Zusammenhang (Schulbezogenheit)	121
c) Beispiele	121
2. Arten von Schulveranstaltungen	123
a) Schulrechtskonforme Veranstaltung	124
aa) Wirksame schulische Aufsichtsmaßnahmen	125
bb) Beginn, Ende und Ziel der Aufsicht	126
cc) Verletzung der Aufsichtspflicht	126
3. Nicht schulrechtskonforme Veranstaltung	128
4. Rechtsschein des organisatorischen Verantwortungsbereiches	128

5. Unterstützung von Freizeitveranstaltungen	129
V. Versicherte Betreuungsmaßnahmen (§ 2 Abs. 1 Nr. 8 b Alt. 2 SGB VII) ...	130
1. Zeitlicher Zusammenhang mit Unterricht	130
2. Anknüpfung an Unterricht	131
3. Betreuung	131
4. Zusammenwirken	132
5. Bewertungsmaßstab des Versicherungsschutzes	132
VI. Besondere Fallgestaltungen und Fälle aus der Praxis	133
1. Berufsberatung und Berufsorientierung	133
2. Betriebspraktikum und Ferienjob	133
3. Eingliederungshilfen/Integrationshelfer	134
4. Hausaufgaben, Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe	135
5. Hausunterricht	136
6. Impfung und Medikamentengabe (Gesundheitsmaßnahmen)	136
7. Internat (Heimschule)	137
8. Klassenfahrt/-ausflug	138
9. Notdurft (Toilettengang)	141
10. Projektarbeiten	142
11. Schulessen, Nahrungsaufnahme, Genussmittel	145
a) Einzelmahlzeiten	145
b) Gemeinschaftsverpflegung	146
c) Genussmittel (Rauchen), Süßigkeiten	147
12. Schüleraustausch	148
13. Schülerdemonstrationen	149
14. Schülervertretung	149
15. Streitereien, Mobbing, Selbstmord	149
§ 6 Studierende während der Aus- und Fortbildung an Hochschulen	
(§ 2 Abs. 1 Nr. 8 c SGB VII)	153
I. Entstehungsgeschichte	153
1. Gesetzesbegründung (1971)	154
2. Unfallversicherungs-Einordnungsgesetz (1996)	154
II. Hochschulrechtliche Hintergründe	155
1. Hochschularten und -aufgaben	155
2. Rechtsnatur und Verfassung der Hochschulen	157
3. Immatrikulation/Einschreibung	158
4. Studentische Selbstverwaltung	158
III. Personen an Hochschulen	159
1. Mitglieder der Hochschule	159
2. Angehörige der Hochschule	159
IV. Versicherter Personenkreis (SGB VII)	160
1. Immatrikulierte Studierende	160

Inhaltsverzeichnis

2. Sonstige Personen	161
a) Weite Auffassung	161
b) Enge Auffassung (der Unfallversicherungsträger)	162
c) Argumente (Gesetzesauslegung)	162
aa) Wortlaut	162
bb) Wille des Gesetzgebers	163
cc) Systematik	163
dd) Sinn und Zweck, weitere Aspekte	165
ee) Beruflicher Studienzweck	166
d) Ergebnis	167
e) Relevanz des Semesterbeitrags bzw. von Stipendien?	168
V. Unfallversicherte Tätigkeiten (SGB VII)	168
1. Organisatorischer Verantwortungsbereich	170
2. Sachlicher Zusammenhang	173
3. Beispiele	175
VI. Besondere Fallgestaltungen und Fälle aus der Praxis	177
1. Auslandsaufenthalte	177
2. Diplomarbeiten etc.	177
3. Frühstudierende und Kinderuniversität, Schnupperstudium	178
4. Gasthörer, „Senioren-Studenten“	179
5. Hochschulsport	181
a) Aufgaben und Bedeutung des Hochschulsports	181
b) Herleitung des Versicherungsschutzes und Reichweite	181
c) Voraussetzungen für den Unfallversicherungsschutz	184
aa) Studienbezogenheit der unfallbringenden Verrichtung	184
bb) Tätigkeitsausübung im organisatorischen Verantwortungsbereich der Hochschule	186
cc) Grenzen des Versicherungsschutzes	187
6. Praktisches Jahr der Medizinstudenten	188
7. Praxisintegriertes duales Studium	189
8. Repetitorium, Vorbereitungskurse	189
9. Studentische Selbstverwaltung, Demonstrationen und Streiks	190
10. Urlaubssemester	191
§ 7 Versicherungsfall	193
I. Allgemeines	193
II. Arbeitsunfall (§ 8 Abs. 1 SGB VII)	197
1. Prüfungsschema	197
2. Kausalität und Beweisanforderungen	198
a) Beweismaßstab und Beweislast	198
b) Kausalität	199
aa) Objektive Kausalität im naturwissenschaftlichen Sinne	199

bb) Theorie der wesentlichen Bedingung	201
(1) Abwägung einer Vorkerkrankung gegenüber dem Unfall	203
(2) Versicherte Ursache als einzig bekannter Kausalbeitrag ...	204
3. Tatbestandsmerkmale im Einzelnen	206
a) Versicherte Tätigkeit	206
b) Verrichtung zum Unfallzeitpunkt und innerer Zusammenhang ...	206
c) Unfallereignis und Unfallkausalität	208
d) Gesundheitserstschaden und haftungsbegründende Kausalität ...	210
e) Unfallfolgen und haftungsausfüllende Kausalität	213
III. Wegeunfall (§ 8 Abs. 2 SGB VII)	214
1. Wege zum und vom Ort der Tätigkeit (§ 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII)	215
a) Gestaltungsfreiheit des Versicherten	216
b) Zweck des Weges – Handlungstendenz	217
c) Beginn und Ziel des versicherten Weges	218
d) Einschübe, Unterbrechung und Abbruch des versicherten Weges	219
2. Weitere versicherte Wege (§ 8 Abs. 2 Nr. 2–5 SGB VII)	221
a) Wege in Zusammenhang mit Fahrgemeinschaften (§ 8 Abs. 2 Nr. 2 b SGB VII)	221
b) Wege zur Inobhutgabe von Kindern (§ 8 Abs. 2 Nr. 2 a und Nr. 3 SGB VII)	222
c) Familienheimfahrt (§ 8 Abs. 2 Nr. 4 SGB VII)	223
d) Verwahren, Beschaffen etc von Arbeitsmaterial (§ 8 Abs. 2 Nr. 5 SGB VII)	224
IV. Zusammenfassung zu § 8 Abs. 1 und Abs. 2 SGB VII	225
V. Ersatz von Sachschäden (§ 8 Abs. 3, § 27 Abs. 2 SGB VII)	226
1. Voraussetzungen	226
a) Hilfsmittel	226
b) Beschädigung oder Verlust (sog. Schädigungsvorgang)	227
2. Umfang des Ersatzes und dessen Grenzen	228
a) Tatsächlich entstandener Schaden	228
b) Luxusausführungen	228
§ 8 Übersicht über die Leistungsarten	231
I. Grundsätze	232
II. Heilbehandlung, Heilmittel, Hilfsmittel (§§ 27–34 SGB VII)	235
III. Verletztengeld und Rente	239
1. Verletztengeld	240
a) Beendigung des Verletztengeldbezuges	241
aa) Beendigung qua Gesetz	241
bb) Beendigung aufgrund einer Prognoseentscheidung	243
b) Wiedererkrankung, § 48 SGB VII	243

Inhaltsverzeichnis

c) Insbesondere: Kinderpflege-Verletztengeld, § 45 Abs. 4 SGB VII iVm § 45 SGB V	244
2. Rentenanspruch	245
a) Grundsätze	246
b) MdE-Bemessung anlässlich der erstmaligen Rentenfeststellung auf unbestimmte Zeit	248
c) Änderungen der Unfallfolgen, MdE-Änderung bei Rente auf unbestimmte Zeit	248
3. MdE-Bemessung	250
a) Verhältnis zu MdE/GdB des sozialen Entschädigungsrechts	252
b) MdE-Erfahrungswerte	253
c) Erhöhung der Rente wegen besonderer Umstände	254
4. Jahresarbeitsverdienst	254
a) Berechnung	255
b) Änderung und Neufestsetzung des JAV	257
aa) Anpassung des JAV gemäß § 95 SGB VII	257
bb) Neufeststellung des JAV	258
(1) Voraussetzungslose Neufestsetzung nach Altersstufen gemäß §§ 85, 86 SGB VII	258
(2) Neufestsetzung des JAV gemäß § 90 SGB VII	258
(a) Abschluss, Verzögerung oder unfallbedingter Nichtab- schluss der Schul-/Berufsausbildung, § 90 Abs. 1 SGB VII	259
(b) Versicherungsfall vor Vollendung des 30. Lebensjahres, § 90 Abs. 2 SGB VII	260
(c) Versicherter kann infolge des Versicherungsfalles keiner Erwerbstätigkeit mehr nachgehen, § 90 Abs. 3 SGB VII ...	261
(d) Unklares Ausbildungsziel, § 90 Abs. 4 SGB VII	261
(e) Ausbildung iSd § 90 SGB VII	261
(3) Reform des § 90 SGB VII	262
5. Rentenabfindung	263
a) Abfindung auf Antrag – Rente auf unbestimmte Zeit	263
b) Abfindung von vorläufigen Renten – Gesamtvergütung	264
6. Anrechnung der Leistungen anderer Sozialversicherungsträger	265
IV. Sonstige Leistungen	266
1. Teilhabeleistungen	266
a) Teilhabe am Arbeitsleben	267
b) Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und ergänzende Leistun- gen, § 39 SGB VII	269
2. Pflegeleistungen	271
3. Leistungen im Todesfall	271
V. Zusammenfassung	272

§ 9 Haftungsfragen, Regress (§§ 104 ff SGB VII, § 116 SGB X)	273
I. Grundsätze der Haftungsfreistellung	273
1. Haftungsfreistellung von Unternehmern und Arbeitnehmern	274
2. Haftungsfreistellung im Bildungsbereich und auf einer gemeinsamen Betriebsstätte	274
3. Ausnahme: Entsperrung der Haftungsfreistellung	275
II. Haftungsfreistellung in der Schülerunfallversicherung (§ 106 Abs. 1 SGB VII)	276
1. Haftungsprivilegierte Schädiger (iSv § 106 Abs. 1 SGB VII)	276
a) Sachkostenträger als Unternehmer (§ 106 Abs. 1 iVm § 104 SGB VII)	277
b) Versicherte und Betriebsangehörige (§ 106 Abs. 1 iVm § 105 SGB VII)	277
2. Schulbezogenheit der schädigenden Handlung	279
3. Entsperrung der Haftungsfreistellung	281
4. gemeinsame Betriebsstätte in der Schülerunfallversicherung	282
III. Umfang und Wirkung der Haftungsfreistellung	283
1. Personenschaden	283
2. Strafbarkeit, arbeits- und disziplinarrechtliche Konsequenzen	284
IV. Regressverfahren (Drittwirkung des Haftungsprivilegs)	284
1. Haftung gegenüber dem Unfallversicherungsträger (§ 110 SGB VII)	285
2. Bindung der Zivilgerichte (§§ 108, 112 SGB VII) und Schädigerbeteiligung (§ 12 SGB X)	286
3. Gesetzlicher Forderungsübergang (§ 116 SGB X)	287
§ 10 Verwaltungs- und Klageverfahren	289
I. Verwaltungsverfahren	289
1. Feststellungsverfahren	289
a) Einleitung des Verfahrens – Unfallanzeige	289
b) Fragebögen, Einwilligungserklärungen, Beiziehung von Unterlagen	290
c) Datenschutz, Widerspruchsrecht des Versicherten	290
d) Exkurs: Widerspruchsrecht bei Übermittlung an Gutachter, § 200 Abs. 2 SGB VII	291
e) Grundzüge des Verwaltungsverfahrens, Bescheid	294
f) Mangelnde Mitwirkung, §§ 60 ff. SGB I	295
g) Beteiligung Dritter am Verwaltungsverfahren	295
2. Verwaltungsverfahren zur Überprüfung	296
a) Änderung gem. § 48 Abs. 1 SGB X	297
b) Rechtswidrigkeit des Ausgangsbescheides	299
aa) Rechtswidrig belastender Ausgangsbescheid – Zugunstenverfahren gem. § 44 SGB X	299

Inhaltsverzeichnis

bb) Rechtswidrig begünstigender Ausgangsbescheid	300
(1) Rücknahme, § 45 SGB X	300
(2) Abschmelzung gem. § 48 Abs. 3 SGB X	302
(3) Rückforderung von Sozialleistungen	305
c) Anhörung gem. § 24 Abs. 1 SGB X	306
II. Sozialgerichtsverfahren	307
1. Vorverfahren	307
2. Klageverfahren	309
a) Allgemeines	309
b) Klageantrag, Tenor und Streitgegenstand	311
c) Unzureichende Ermittlungen und Untätigkeit des Unfallversiche- rungsträgers	313
d) Beiladung gem. § 75 SGG	315
3. Aufschiebende Wirkung und einstweiliger Rechtsschutz	318
§ 11 Die Schülerunfallversicherung im europäischen Sozialrecht	323
I. Grundzüge des europäischen Sozialrechts	323
1. Rechtsgrundlagen	324
2. Prüfschema/Übersicht	326
II. Geltungsbereich der Verordnungen und grenzüberschreitende Sachver- halte	326
1. Räumlicher Geltungsbereich der Verordnungen	327
2. Persönlicher Geltungsbereich der Verordnungen	327
3. Sachlicher Geltungsbereich	328
4. Grenzüberschreitender Sachverhalt	328
III. Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaats	329
1. Vorrang: Erwerbstätigkeit	330
2. Nachrang: Wohnsitz	331
IV. Aufgaben des zuständigen Mitgliedstaats	333
1. Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen	333
a) Grundsätze der Sachverhaltsgleichstellung	333
b) Personenkreis der Kinder	335
c) Personenkreis der Schüler	336
d) Personenkreis der Studierenden	337
e) Praktikanten	338
f) Innerstaatliche Zuständigkeit	339
2. Aufgabe des zuständigen Mitgliedstaats	340
a) Geldleistungen	340
b) Sachleistungen	340
c) Klassenfahrt	341
d) geplante Behandlung im EU-Ausland	343

V. Aufgaben des unzuständigen Mitgliedstaats	343
1. Sachleistungsaushilfe	343
2. Petroni-Rechtsprechung	343
VI. Kostenerstattung für die Sachleistungsaushilfe	345
Literaturverzeichnis	347
Stichwortverzeichnis	351